

Betrugsversuch mit Betriebskollektivverträgen

FDGB: Bei Forderung werden Weihnachtsgratifikationen gezahlt

Zu zwei Punkten, die jeden Arbeiter in der Sowjetzone interessieren, hat der FDGB-Bundesvorstand in den letzten Tagen interne Anweisungen herausgegeben. Der erste Punkt berührt die Frage der Weihnachtsgratifikationen, um die es bisher in jedem Jahr Streit gegeben hat. Hier hat der FDGB, der in der gegenwärtigen Situation eine Auseinandersetzung fürchtet, den Betriebsgewerkschaftsleitungen bedeutet, überall dort Gratifikationen zu zahlen, wo diese nachdrücklich gefordert werden. Andernfalls sei die Frage der Weihnachtsgratifikationen „zu umgehen“. Die Arbeiter werden also ihre Ansprüche diesmal deutlich anzumelden haben, wenn die SED Weihnachtsgratifikationen zahlen soll. Der zweite Punkt, der die Betriebskollektivverträge betrifft, ist einer gründlicheren Beleuchtung wert.

Der Betriebskollektivvertrag behandelt theoretisch die Rechte und die Pflichten der Belegschaften volkseigener Betriebe gegenüber den Betriebsleitungen und umgekehrt. Auf die Erfüllung der in dem Vertrag enthaltenen — zum Teil ererbten — Selbstverpflichtungen und Terminpläne der Arbeiter wird peinlich genau geachtet. Die den Arbeitern zugesicherten Rechte werden dagegen in der Regel nicht erfüllt. Die Erfüllung der im Betriebskollektivvertrag festgelegten Sozialleistungen wird im Gegenteil laufend zur Erpressung immer neuer Produktionsverpflichtungen benutzt. So wird der Betriebskollektivvertrag zum Ausbeutungsinstrument in der Hand des Staates.

Der FDGB hat nun in diesem Jahr die Aufstellung der Betriebskollektivverträge absichtlich hinausgezögert. Während die Produktionsverpflichtungen bereits bis ins Detail festgelegt worden sind, halten FDGB, SED und Staatsverwaltungen alle Zusagen zurück. Die intern geäußerte Absicht des kommunistischen Gewerkschaftsbundes bei diesem Manöver wird jetzt ebenfalls bekannt: Alle volkseigenen Betriebe sollen bis zum

10. Dezember einen Planvorsprung von mindestens zehn Tagen haben, der dem Staat die Erfüllung der Produktionspläne garantiert. Eher oder gar bei Planrückständen wird kein Betriebskollektivvertrag anerkannt.

Selbst abgeschlossene Betriebskollektivverträge können bei Nichterfüllung des Planes angefochten und auf der Seite der Sozialleistungen abgeändert werden.

Erpressungsmanöver

Rund 80 Prozent aller ostzonalen Betriebe können in diesem Jahr ihr Planziel nicht erreichen. Die Ursachen sind Fehlplanung, Materialmangel, veraltete Industrieausrüstung. In allen diesen Betrieben wollen SED und FDGB noch im Laufe des Januar die im Betriebskollektivvertrag festgelegten staatlichen Gegenleistungen — mit denen die kommunistische Propaganda das ganze Jahr über operierte — verfälschen.

An erster Stelle steht dabei der Arbeiter-Wohnungsbau. Angeblich wollte die SED 1955 in der Mehrzahl der Großbetriebe Werkswohnungen und Arbeiterwohnungen zu besonders günstigen Bedingungen errichten.

Die Mittel, die dazu zur Verfügung gestellt werden sollten, wurden um durchschnittlich 60 Prozent (!) gekürzt. Den Betrieben wird nahegelegt, das Bausparen zu popularisieren! Das zweite ist das FDGB-Ferienprogramm.

Weiter wurden fast überall die Mittel für den Bau von Kindertagesstätten gestrichen. Dagegen erfolgt in den meisten Betrieben eine Erhöhung des ominösen „Direktorfonds“, aus dem künftig auch die kommunistischen „Kampfgruppen“ finanziert werden sollen.

Glatter Betrug

Die Stellung des Arbeiters und Angestellten der volkseigenen Industrie zum Betriebskollektivvertrag hat sich danach entscheidend verändert: Während auf der einen Seite die Belegschaft heute rund 20 bis 30 Prozent mehr Leistungen aufwenden muß als zur Zeit der Einführung der Betriebskollektivverträge, hat der Staat seine Gegenleistungen im gleichen Zeitraum um rund 20 bis 30 Prozent gesenkt.

Auf die vielfältige Tarnung dieses staatlichen Betrages wird besondere Mühe verwandt. Die Arbeiter selbst haben somit nur noch eine Möglichkeit: ihrerseits die Abgabe neuer Produktionsverpflichtungen von der Erfüllung des Betriebskollektivvertrages durch den Staat abhängig zu machen.

Der FDGB-Bundesvorstand hat auch hier nur eine Kann-Verfügung erlassen und sich jeden Rückzug gesichert. Stößt er auf wesentliche Schwierigkeiten, hat er einen Zurückzieher wie in der Frage der Weihnachtsgratifikationen vorgesehen.

J. B. Gradl:

Koexistenz — nicht ohne uns!

Der Begriff der Koexistenz wird in letzter Zeit im internationalen Meinungs austausch so viel gebraucht, daß man ihm auf den Grund gehen muß, will man nicht in Gefahr kommen, einem Schlagwort zu erliegen. Das aber dürfte vom deutschen Standpunkt aus am wenigsten riskiert werden, denn Koexistenz soll die Parole für die Entspannung zwischen West und Ost sein — also für eine Politik, die je nach ihrem praktischen Lauf für Deutschland fruchtbar oder lebensgefährlich sein kann.

Malenkov, Molotow und andere sowjetische Würdenträger haben die These der Koexistenz, des friedlichen Nebeneinanderbestehens des Sowjet systems und der westlichen Welt, in die Debatte geworfen. Malenkov tat es zum Beispiel im Gespräch mit britischen Parlamentariern und auf dem Empfangsabend am Jahrestag der Oktoberrevolution.

Wort und Wirklichkeit

Die Frage drängt sich auf, wie es kommt, daß der Begriff der Koexistenz plötzlich so gebräuchlich und bedeutsam geworden ist. Der Begriff ist nämlich in den West-Ost-Beziehungen keineswegs neu. Stalin hat ihn immer gebraucht, wenn er sich besonders friedlich erweisen wollte. Zum Beispiel hat er am 31. März 1952 einer Gruppe amerikanischer Redakteure erklärt: „Ein friedliches Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus ist durchaus möglich.“ Bedeutung für die praktische Politik hatte ein solches Bekenntnis zur Koexistenz damals nicht. Aber vielleicht heute? Zeigen kann das nur die Zukunft.

Es liegt anscheinend im Zuge der Zeit, aus dem kalten Krieg herauszustreben und das Verhältnis zwischen West und Ost neu und besser zu gestalten. Da glücklicherweise keine der beiden Seiten den heißen Krieg als Mittel der Neuordnung zwischen West und Ost will, bleibt gar nichts anderes übrig, wenn

man aus dem kalten Krieg heraus will, als das friedliche Sich-Abfinden mit der Existenz des anderen. Das Hervortreten der Parole Koexistenz paßt also in die gegenwärtige Atmosphäre, und das ist an sich kein schlechtes Zeichen.

Und doch ist Koexistenz eine Parole mit Gefahren. Die Londoner „Times“ haben durchaus recht mit ihrer Warnung, das Wort könnte zu „schläfrigem Behagen“ verleiten. Zu bequemer Vertrauensseligkeit besteht aber kein Anlaß. Denn es bleiben ja beide Weltsysteme nebeneinander bestehen, also auch das kommunistische, das wir bisher als ungemein militant und expansionsbegierig kennengelernt haben. Deshalb ist die kritische Frage, die zum Beispiel in der gegenwärtigen Diskussion in den USA immer wieder auftaucht, durchaus verständlich: ob nämlich ein kommunistisches Bekenntnis zur Koexistenz nicht ein Widerspruch in sich ist.

Der amerikanische Senator Knowland hat diese Skepsis gegen die innere Wahrheitigkeit sowjetischer Bekenntnisse zur Koexistenz am schärfsten formuliert mit dem Verdacht, die Sowjetunion wolle nur Zeit gewinnen, um in der Atomrüstung mit dem Westen gleichzuziehen und dann Stück für Stück der freien Welt dem Kommunismus zu unterwerfen suchen.

Das Mißtrauen

Der Widerspruch läßt sich — jedenfalls gedanklich — lösen, mit dem Mißtrauen ist es schwieriger. Das Nebeneinanderbestehen schließt die Fortsetzung des Kampfes nicht aus. Beide Systeme sind ihrer Idee nach viel zu unversöhnlich.

Aber es ist sehr wohl vorstellbar, daß an die Stelle kriegerischer und kriegsähnlicher Kampfmittel künftig ein Wettbewerb mit friedlichen Mitteln tritt, mit den Waffen echter Auseinandersetzung des Geistes und der Leistung. Die Welt kann und wird sich auch in solchem Zustand der „wetteifern den Koexistenz“, wie ihn die Amerikaner nennen, verändern können.

Wie gesagt, gedanklich läßt

sich der Widerspruch überwinden und ein besserer Modus vivendi zwischen Ost und West vorstellen. Aber das Mißtrauen gegen die sowjetische Politik ist nun einmal da, und niemand kann bisher sagen, zu Unrecht.

Bereit, aber wachsam

Zweifellos darf an dem Mißtrauen ein erster Versuch, künftig besser miteinander auszukommen, nicht scheitern. Aber dieser neue Versuch, der da vielleicht zwischen West und Ost tatsächlich begonnen wird, wird nur gewagt werden dürfen unter steter Wachsamkeit und im Schutze innerer Stärke, die eben nicht gestattet, daß die westliche Welt Bissen für Bissen verschluckt werden kann.

Wir wissen, daß ohne Abbau der Ost-West-Spannung die deutsche Wiedervereinigung nicht vorankommen wird, und sind deshalb daran positiv interessiert. So kann also von deutscher Seite ein Versuch echter Koexistenz voll bejaht werden. Aber die Erfüllung einer entscheidenden Bedingung ist für uns unverzichtbar: Koexistenz muß in einer Entspannung, sie darf nicht in einer Erstarrung der Fronten bestehen. Der Verdacht liegt nahe, daß insbesondere auf sowjetischer Seite der Versuch gemacht wird, die Koexistenz einzuleiten mit einer Lösung des deutschen Problems auf der Basis einstweiliger Teilung. Schon auf der Berliner Konferenz sprach Molotow, als er sein kollektives Sicherheitssystem entwickelte, davon, es müsse „dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Deutschland vorläufig in zwei Teile gespalten bleibt“. Und in der jetzigen kurzfristigen Einladung zu einer Sicherheitskonferenz zeigt sich dieselbe Einstellung. Deshalb können wir den sowjetischen Politikern und, falls es sie gibt, westlichen Außenseitern nicht hart genug sagen: Für uns gibt es keine Koexistenz, keine Befriedung auf der Basis der Spaltung. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß man damit die siebzehn Millionen Deutschen beiderseits der Zonengrenze (alias Koexistenzlinie) zur Ruhe bringen könnte. Koexistenz ja, aber zwischen den Völkern, nicht mitten durch unser Volk.

Die KPD vor dem Richter

Verfahren eröffnet — Großer Andrang

Karlsruhe (Eigenmeldung). Vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe begann die mündliche Verhandlung über die Verfassungswidrigkeit der KPD. Der Andrang zum Zuhörerraum ist ungewöhnlich groß. Den Verhandlungen wohnen zahlreiche Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse bei.

Das Verfahren richtet sich nicht gegen die kommunistische Idee, sondern nur gegen die kommunistische Gewalt. Es hat seine rechtliche Grundlage im Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem es heißt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei kann nach dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht von dem Bundestag, dem Bundesrat oder der Bundesregierung gestellt werden. Der Antrag zum Verfahren gegen die KPD wurde 1951 von der Bundesregierung gestellt. Er forderte die Feststellung der Verfassungswidrigkeit und die Auflösung der KPD, und zwar mit der Begründung, daß diese Partei die gewaltsame Beseitigung der demokratischen Grundordnung und ihre Ersetzung durch die Diktatur erstrebe. Ein ähnliches Verfahren wurde, gleichfalls auf Antrag der Bundesregierung, bereits gegen die Sozialistische Reichspartei durchgeführt.

Mit dem Verfahren gegen die KPD steht das Bundesverfassungsgericht vor einer sehr schwierigen Aufgabe, weil es sich zwangsläufig mit politischen Tatbeständen befassen muß, über die es indessen abseits aller politischen Erwägungen in streng rechtlicher Prüfung eine richterliche Feststellung zu treffen hat. Hierzu bestimmt der Artikel 46 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht:

„Erweist sich der Antrag als begründet, so stellt das Bun-

desverfassungsgericht fest, daß die politische Partei verfassungswidrig ist. Die Feststellung kann auf einen rechtlich oder organisatorisch selbständigen Teil einer Partei beschränkt werden. Mit der Feststellung ist die Auflösung der Partei oder des selbständigen Teiles der Partei und das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen, zu verbinden . . .“

Das Gericht hat nicht die Frage nach der politischen Zweckmäßigkeit dieser oder jener Feststellung zu beantworten. Das ist vielmehr Sache der antragsberechtigten politischen Instanz, über die Zweckmäßigkeit des von der Bundesregierung gestellten Antrages in einer Zeit, in der die KPD durch den freien Willen der Wähler bis zur Unkenntlichkeit zusammengeschrunpft ist, gehen die Meinungen auseinander. Zu Kritik und Protest gegenüber dem Verfahren sind aber am allerwenigsten die Vertreter der Diktaturen von Moskau bis Pankow legitimiert, die in ihrem Machtbereich Parteien ebenso willkürlich beseitigen, wie sie neue Parteien nicht zulassen. In keinem Falle gewähren sie die Entscheidung eines unabhängigen Gerichtes.

Mit Berlin verbunden

Erklärung des neuen Bundestagspräsidenten

Berlin (Eigenmeldung). Der neu gewählte Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat über den Sender Freies Berlin seiner engen Verbundenheit mit Berlin Ausdruck gegeben und erklärt, im Rahmen seines Amtes alles tun zu wollen um Berlin wieder zur Hauptstadt eines in Frieden und in freiheitlichem Zusammenwirken vereinigten Deutschlands zu machen.

„Ich bin kein Berliner“, so sagte Gerstenmaier, „aber ich gedenke auch in dieser Sache

Bundeskanzler

Anfang Dezember in Berlin

Berlin (DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird voraussichtlich am 3. Dezember nach Berlin kommen, um zu der Berliner Bevölkerung aus Anlaß der Wahlen am 5. Dezember zu sprechen.

Ausgeschlossen!

Dortmund (DPA). Der Vorstand des SPD-Bezirksverbandes Westliches Westfalen hat einen Bürgermeister sowie drei weitere Parteimitglieder aus der SPD ausgeschlossen. Die Betroffenen haben, wie der Vorstand mitteilte, mit der SED und der KP zusammengearbeitet und dadurch gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen.

Verdienste als Lagerarzt

Dortmund (DPA). Für seine Verdienste als Lagerarzt in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft erhielt Dr. med. Alex Wippermann aus Dortmund das Verdienstkreuz der Bundesrepublik. Dr. Wippermann ist der dritte deutsche Arzt, der für seine Tätigkeit in Gefangenenlagern ausgezeichnet wurde.

Einstimmig gewählt

Bonn (DPA). Bundesminister Dr. Tillmanns ist einstimmig zum ersten Vorsitzenden des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt worden. Das Amt hatte bisher der verstorbene Bundestagspräsident Dr. Ehlers inne.

das Vermächtnis von Herrn Ehlers heilig zu halten.“ Berlin sei in seiner Zweiteilung auch heute noch das am meisten greifbare, unmittelbar an das Herz appellierende Symbol des Willens der ganzen Nation zum Zusammenleben über alle Grenzen und Zonen hinweg. Der Bundestagspräsident betonte, daß Bonn nur ein Provisorium sei. Das oberste Ziel sei die Wiedervereinigung Deutschlands und die Übersiedlung der obersten Behörden in die ehemalige Reichshauptstadt.

Absage an Moskau

Belgrad (DPA). Jugoslawien werde an der von der Sowjetunion vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz nicht teilnehmen, teilte der jugoslawische Staatschef Tifo mit.

Der Plan sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, da nur eine begrenzte Anzahl von Ländern daran teilnehmen würden.

Westlicher Atom-Vorschlag

New York (AP). Die Westmächte haben dem Politischen Ausschuß der UN - Vollversammlung am Donnerstag einen Kompromißvorschlag für die friedliche Verwendung der Atomenergie vorgelegt, der nach ihrer Ansicht die einstimmige Billigung aller UN-Mitglieder erhalten kann. Der Kompromißvorschlag stellt eine abgeänderte Fassung des von Präsident Eisenhower vorgelegten Atomplanes dar.

Vor Ratifizierung der Pariser Verträge

Berlin (Eigenbericht/DPA/AP). In allen westlichen Staaten steht die Ratifizierung der Pariser Abkommen im Mittelpunkt der Erörterungen.

Das britische Unterhaus hat bereits die Verträge zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mit 264 gegen vier Stimmen gutgeheißen. Premierminister Churchill hatte vorher erklärt, die Regierung wolle unter allen Umständen zunächst die Ratifizierung der Pariser Abmachungen erreichen. Nach diesem Zeitpunkt würden Besprechungen mit der sowjetischen Regierung erwartet.

Präsident Eisenhower hat dem US-Senat die Verträge zugeleitet. Er ersuchte den Senat, die Beratungen über die Verträge so zu beschleunigen, daß der neue Senat im Januar die Abkommen ratifizieren kann.

Das Bundeskabinett hat die Verträge dem Bundesrat zugeleitet. Am 10. Dezember findet die erste Beratung im Plenum des Bundesrates statt.

Seegefecht vor China

Taipeh (Formosa) (AP). Südöstlich der von Nationalchina besetzten Tachen-Inseln vor der

Erst einiges Europa — dann Viererkonferenz

Moskauer Vorschläge abgelehnt

Berlin (Eigenbericht/DPA/AP). Kein Staat der freien Welt ist bereit, auf den durchschnittlichen Vorschlag der Sowjetunion einzugehen, die noch vor Ratifizierung der Pariser Verträge die Einberufung einer Konferenz über ein „gesamteuropäisches Sicherheitssystem“ gefordert hatte. Allgemein wurde dieses Angebot als ein Versuch Moskaus durchschaut, die Ratifizierung der Abmachungen über die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft zu blockieren.

Die drei Westmächte wollen, wie diplomatische Kreise in London mitteilen, die Vorschläge der Sowjetunion zur Deutschland- und Europafrage glatt ablehnen. Sie werden in ihrer Antwort an den Krenl unter anderem darauf hinweisen, daß die Zeit zur Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz viel zu kurz ist.

Der Entwurf der westlichen Antwortnote an Moskau ist der Bundesregierung und der österreichischen Regierung zugeleitet worden. Die anderen west-

lichen Nationen werden auf einer Sitzung des NATO-Rates in Paris konsultiert werden.

Der französische Ministerpräsident Mendès-France schlug in einer großen politischen Rede vor der UN-Vollversammlung vor, im Mai nächsten Jahres nach der Ratifizierung der Pariser Verträge eine Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion in Paris abzuhalten. Er entwickelte außerdem einen Plan für eine allmähliche Annäherung zwischen zwei großen regionalen Sicherheitssystemen in Europa, einem westlichen und einem nach Beispiel der Westeuropäischen Union gebildeten osteuropäischen System. Das amerikanische Außenministerium kündigte an, daß die USA die Vorschläge mit „äußerster Aufmerksamkeit“ prüfen.

Der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France auf eine Viermächtekonferenz im Mai kommenden Jahres in Paris hat in Bonn volle Zustimmung gefunden. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten vor den UN zerstreuten in Bonner Regierungskreisen den letzten Zweifel, daß er durch sein Verhalten die Politik des Krenl erleichtern könnte.

Die Bundesregierung hält an ihrem Standpunkt fest, daß der Zeitpunkt für Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge gekommen ist. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer in einem vom Bundeskabinett und den Vorsitzenden der Koalitionsparteien gebilligten Schreiben geantwortet, daß er die von der SPD geforderte außenpolitische Bundestagsdebatte im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands nicht für förderlich halte.

Küste der chinesischen Provinz Tscheikiang ist es zu einem Seegefecht zwischen kommunistischen und nationalchinesischen Kräften gekommen. Nach nationalchinesischen Meldungen sind zwei kommunistische Schiffe versenkt worden.

Der kommunistische Verband bestand aus 13 Schiffen, die möglicherweise den Befehl hatten, die Tachen-Inseln anzugreifen. Der Verband wurde zerstreut.

Raab in USA

Wien (DPA). Der österreichische Bundeskanzler Raab ist von Wien zu einem viertägigen Staatsbesuch nach den USA geflogen.

Problem der Zwangsarbeit

Washington (AP). Das Problem der Zwangsarbeit wird nach einem Beschluß des Rates der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf die Tagesordnung der nächsten Generalkonferenz gesetzt. Überraschenderweise stimmte auch die Sowjetunion, die erstmalig an einer bedeutenden ILO-Tagung teilnimmt, für diesen Antrag.

Affäre Field macht der SED Sorgen

Die Opfer der großen SED-„Säuberung“ sind rehabilitiert

Die kürzlich erfolgte Freilassung der amerikanischen Staatsangehörigen Herman, Noel und Hertha Field aus polnischer und ungarischer Haft hat das SED-Zentralkomitee vor ein ernstes Problem gestellt. Auf Grund angeblicher Verbindungen zu „den Agenten des US-Geheimdienstes Field“ war am 31. August 1950 mit der ersten umfassenden SED-Säuberung die Verhaftung einer Reihe hoher kommunistischer Funktionäre erfolgt. Die Inhaftierung, Degradierung und Bestrafung Tausender mittlerer und kleinerer Funktionäre war die Folge. In Prag wurde Slansky, in Ungarn Rajk wegen angeblicher Verbindung zu den Fields hingerichtet. Jetzt werden diese eminent gefährlichen Fields plötzlich in aller Form rehabilitiert und freigelassen. Was soll die SED nun sagen?

Vorerst tut die SED den Fall Field mit wenigen Zeilen ohne Kommentar ab. Aber was sie nicht verhindern kann, sind die überall im Parteilapparat, und gerade unter den Funktionären, aufflackernden Diskussionen. Denn wem kann nicht morgen geschehen, was noch ganz anderen gestern geschah?

Die im August 1950 „gesäuberten“ Spitzenfunktionäre und ihr Schicksal geben Einblick in die Gefahr einer solchen Diskussion. Da ist der Altkommunist und Leiter der KP-Emigration in Frankreich, Politbüro-Mitglied Paul Merker. Er wurde nachts vom SSD abgeholt, vier Wochen inhaftiert und dann unter Meldepflicht in seinem früheren Beruf als Kellner in einer sowjetzonalen Kleinstadt eingesetzt. Vor einem Je'r holten ihn Russen aus seiner Zweizimmerwohnung. Seither fehlt von ihm jede Spur.

Leo Bauer, ehemals westdeutscher KP-Konspirateur, dann Chefredakteur am Radio Berlin, wurde in die Sowjetunion verschleppt und ist verschwollen. Rückkehrer wollen ihn in der sibirischen Taiga gesehen haben.

Bruno Goldhammer, ebenfalls aus der Chefredaktion

von Radio Berlin, ist mit seiner jungen Frau spurlos verschwunden.

Willi Kreikemeyer, ehemaliger kommunistischer Reichsbahnpräsident, war zuletzt 1953 in der berüchtigten Moskauer Ljubjanka.

Lex Ende, ehemals Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, starb in einem sowjetzonalen Steinbruch an Entkräftung.

Maria Weiterer, ZK-Mitglied und führende Altkommunistin, ist in Sibirien gelandet. Halbverhungert und fast blind wurde sie dort von einem ebenfalls deportierten SED-Journalisten gesehen.

Der Kreis der Opfer umfasst noch Dutzende anderer Funktionäre. Noch Jahre nach der Field-Affäre fahndete der SSD nach Querverbindungen der Fields.

Jetzt ist das alles völlig unsinnig geworden. Der in Freiberg liquidierte Lex Ende ist praktisch rehabilitiert. Wer aber macht die Toten lebendig? Rajk und Slansky wurden gehängt, eine Judenverfolgung größten Ausmaßes setzte nach ihren Prozessen ein. Die Faschisten-Parole „Lebe gefährlich!“ legt sich langsam am auf den Parteilapparat der SED, in dem ein „kleiner Irrtum“ das Leben kosten kann. —

Hat der Ostblock genug Stahl?

Berlin (Eigenbericht). Wenn auch das Statistische Jahrbuch für die Eisen- und Stahlindustrie 1953/54 gegenüber seinen Vorgängern kaum wesentliche Veränderungen in der Welt-Eisen- und Stahlwirtschaft aufzeigt, so verblüfft doch immer wieder das Tempo, mit dem die Vereinigten Staaten ihre Rohstahlerzeugung gesteigert haben. Sie habe diese nicht nur in der Zeit von 1933 bis 1951 infolge ihrer Kriegsanstrengungen von 28,3 bis 95,4 Mill. t mehr als verdreifacht, sondern nach einem Absinken auf 84,5 Millionen t im Jahre 1952, im Jahre 1953 auf den Rekordstand von 101 Mill. t gesteigert.

Demgegenüber hat sich die sowjetrussische Erzeugung von 18,1 Mill. t 1933 auf 31,3 Mill. t (Schätzung) 1951 noch nicht verdoppelt. Die Erzeugung von 1953 wird auf 33 Mill. t geschätzt und entspricht damit etwa nur der Produktion in der Bundesrepublik (15,4 Mill. t), in England (17,9) und Belgien (4,5 Mill. Tonnen) zusammen. Westeuropa allein hat damit in der Rohstahlerzeugung gegenüber der Sowjetunion einen erheblichen Vorsprung. Denn Frankreich produzierte noch 10,0, Luxemburg 2,66, die Saar 2,7, Italien 3,5 und Holland 0,9 Mill. Tonnen.

Plan-Akrobatik

Berlin (Eigenmeldung). Durch Fehler bei der Aufstellung der Transportpläne haben sich die Schwierigkeiten im sowjetzonalen Verkehrswesen noch erhöht. So werden z. B. die Zuckerrüben für die große Zuckerrübenfabrik in Wanleben bei Magdeburg aus dem Bezirk Rostock geliefert, obwohl der Ort inmitten großer Anbaugelände für Zuckerrüben liegt.

Petroleum statt Stromversorgung

Berlin (Eigenmeldung). Alle Beteuerungen über die angeblichen ständigen Fortschritte auch auf dem Gebiete der Energieversorgung können die Tatsache der wiederinegeführten Stromabschaltungen nicht verleugnen. Auf einer der regelmäßigen Besprechungen versuchte der Zonenminister Selbmann gute Ratschläge zu erteilen.

„Die ernsthaften Schwierigkeiten“ bei der Erfüllung des Energieprogrammes führte er auf nicht rechtzeitig fertiggestellte Bauvorhaben zurück. Um über die schwierige Winterzeit hinwegzukommen, empfahl er allen Ernstes der Bevölkerung die Anschaffung von Petroleumlampen.

Sowjetzone spart an Unterstützungen

Ein Vergleich von Renten- und Fürsorgesätzen

Berlin (Eigenbericht). Ein Vergleich zwischen den Sozialversicherungsrenten im Bundesgebiet und der Sowjetzone ergibt, daß die Durchschnittsrenten in der Sowjetzone niedriger sind. Sie betragen nach einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung in der Sowjetzone (1953) 75,75 DM, im Bundesgebiet für männliche Versicherte der Invalidenversicherung 90,80 DM, für weibliche Versicherte 62,90 DM und in der Angestelltenversicherung 130,60 (männlich) bzw. 99,70 DM (weiblich).

Von den 3 Mill. Renteneempfängern der Sowjetzone erhalten rund 2 Mill. nur die Mindestrenten, die allerdings um einige Mark höher liegen als in Westdeutschland. Im Bundesgebiet erhalten aber nur 3,4 v. H. der männlichen Versicherten (21,7 v. H. der weiblichen) die Mindestrenten. Infolge der Vielfalt der Versicherungsansprüche beziehen aber etwa zwei Drittel aller Renteneempfänger in Westdeutschland Einkommen aus mehr als einer Quelle; was in der Sowjetzone nicht möglich ist. Die Gesamtaufwendungen für Rentenzahlungen einschließlich Kriegsoferrenten betragen 1953 in der Sowjetzone (ein-

schließlich Ostberlin) 3093 Mill. Ostmark, im Bundesgebiet 8291 Mill. DM (einschließlich Westberlin).

Die Unterstützungssätze der Sozialfürsorge waren 1953 in beiden Gebieten annähernd die gleichen. Wo sie in der Sowjetzone um eine Kleinigkeit höher lagen, wird dieser Vorteil durch geringere Mietbeihilfen wettgemacht, die in Westdeutschland in voller Höhe, in der Sowjetzone nur in fest begrenzten Beträgen gezahlt werden. Jedemfalls betrug der Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge (einschließlich Kriegsfolgenhilfe) je Kopf der Bevölkerung in der

Sowjetzone (1953) nur 136,47 Ostmark, in Westdeutschland dagegen 199,59 DM. In der Sowjetzone gab es je 1000 Einwohner 8,4 in Westdeutschland 12 „unterstützte Parteien“.

Die niedrigere Zahl der Sozialunterstützten in der Sowjetzone erklärt sich einmal dadurch, daß ehemalige Beamte und Kriegsopter dort in der Sozialversicherung erfaßt sind, daß viele Versorgungsberechtigte nach dem Bundesgebiet abwanderten, daß aber vor allem versucht wird, alle arbeitsfähigen Personen (auch Mütter mit Kindern) in Arbeitsplätze einzuweisen. Auch bis zu 60 v. H. erwerbsgeminderte Personen gelten in diesem „Sparsamkeitsfeldzug“ noch als „vermittlungsfähig“.

Eingriffe in das Kirchenleben

Berlin (Eigenmeldung). Das Organ für das Bistum Berlin, „Petrusblatt“, beschäftigt sich in seiner letzten Ausgabe mit dem Erlaß der Sowjetregierung, die Aktionen gegen die Kirche und die Gläubigen zu mildern. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Maßnahme auch auf die sowjetische Besatzungszone auszudehnen.

Die Gläubigen beispielsweise in Berlin-Biesdorf würden in diesem Falle dann doch noch zu ihrem Recht kommen, wenn die

administrativen Eingriffe des Ostberliner Magistrats in ihr Gemeindeleben aufhörten. Seit Jahren scheiterten ihre Bemühungen, die dringend notwendige Kirche zu bauen, an der ablehnenden Haltung der Behörden. Dies zeige deutlich, wie heftig der Kampf gegen die Religion geführt werde.

Pfarrer-Austausch erschwert

Bethel (epd). Gegen die zunehmende Erschwerung des Austausches von Pfarrern und Theologiestudenten zwischen West- und Mitteldeutschland durch die sowjetzonalen Behörden hat sich die Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland gewandt.

Aus der Entschließung geht hervor, daß ungeachtet des auf dem evangelischen Kirchentag in Leipzig bekundeten Willens der Gemeinden, sich durch nichts trennen zu lassen, aus dem Westen kommenden Pfarrern die Aufenthaltsgenehmigungen versagt oder ihnen sogar Predigtverbote auferlegt würden.

Polnischer Bischof verurteilt

Wien (AP). Nach einem Bericht der Wiener Katholischen Presseagentur ist der Weihbischof von Gnesen, Anton Baraniak, wegen angeblicher Spionage zu 20 Jahren Haft verurteilt worden.

Pankow verkauft enteignete Grundstücke

Eine neue Verordnung

Berlin (Eigenmeldung). Für die Sowjetzone und für den Ostsektor Berlins ist von der Zonen-Regierung eine „Verordnung über den Verkauf volkseigener Eigenheime und Siedlungshäuser“ erlassen und veröffentlicht worden, nach der Eigenheime auf sogenannten volkseigenen Grundstücken durch Abschluß eines Kaufvertrages in das persönliche Eigentum des Erwerbers übergehen können, dem für das Grundstück ein Nutzungsrecht verliehen wird. Diese Eigenheime können vererbt und weiterveräußert werden.

In Anbetracht der Tatsache, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands die von der SED völlig verwirrten Eigentumsver-

hältnisse neu geklärt werden müssen, kann vor dem Kauf derartiger Grundstücke nur dringend gewarnt werden.

1,8 Millionen geflüchtet

Berlin (Eigenbericht). Insgesamt 1,8 Millionen Einwohner aus der sowjetisch besetzten Zone und aus dem Ostsektor von Berlin sind seit 1947 nach Westberlin und nach dem Bundesgebiet geflüchtet. In einem Rückblick über die Flüchtlingsbewegung appellierte der Senator für Arbeit und Sozialwesen, Heinrich Kreil, bei dem Richtfest für die Erweiterungsbauten im Flüchtlings-Durchgangslager Marienfelde an die Bevölkerung in der Zone, möglichst lange in ihrer Heimat auszuharren.

Die Wahlkämpfer

Eine ganze Gilde von SED-Genossen stöhnt in diesen Wochen Stein und Bein: Statt wie bisher die „Friedenskämpfer“ spielen zu können, die in Ostberlin und der Zone grob an jede Tür klopfen dürfen, um friedliche Bürger mit ihren Aufklärungsvorträgen zu schikanieren, müssen sie jetzt im Westberliner Wahlkampf als „Wahlkämpfer“ fungieren. Zum erstenmal erleben sie, wie es ist, wenn nicht SSD und Volkspolizei hinter ihnen stehen. Die Westberliner knallen ihnen die Türen vor der Nase zu, und wenn die kommunistischen Wahlkämpfer zudringlich werden, rufen die Wohnungsinhaber einfach die Polizei.

Natürlich hat die SED längst versucht, den „großen Bruder“ aus der Sowjetunion zu Hilfe zu holen. „Dynamo Moskau“ sollte im Olympia-Stadion spielen, und der sowjetische „Pjatnizki-Volkschor“ mit seinen Stalinpreisträgern in Westberlin Begeisterung erwecken. So hatte man sich das gedacht als Wahlhilfe für die SED. Aber selbst der „große Bruder“ konnte nicht helfen. Der Berliner Senat erklärte, für Wahlpropaganda per Fußballstiefel werde das Stadion nicht zur Verfügung gestellt. Der Chor aber sang in einem primitiven Holzbau am Zoo, in dem sonst die Catcher auftreten. Niemand nahm groß Notiz von ihm.



„Det hilft och nischt, ihr werdet trotzdem kalte Beene kriegen!“



„Sie sprechen wohl nur russisch, wat!“



„Ministerpräsident“ Grotewohl stellt seine Regierung vor!

Treffpunkt Grönland

Polar-Flugroute über die Arktis eröffnet

Mit der Eröffnung des ersten regelmäßigen Passagier-Luftverkehrs zwischen Europa und Amerika über die Eiswüsten der Arktis hat am Montag eine neue Epoche in der Luftfahrtsgeschichte begonnen. Nach zweijährigen Versuchen gab an diesem Tage die skandinavische Luftverkehrsgesellschaft SAS ihren großen Passagiermaschinen „Royal Viking“ und „Helge Viking“ in Los Angeles und Kopenhagen das Startzeichen zu einem Flug, der die beiden Kontinente einander um 2000 Kilometer näherrückt.

Um 9.05 Uhr MEZ erhob sich am Montag auf dem nebelbedeckten Flugfeld von Los Angeles die „Royal Viking“, während elf Stunden später um 20.10 Uhr in Kopenhagen die Gegenmaschine, die „Helge Viking“, startete. Der Flug geht südlich vom Nordpol über Grönland.

Ursprünglich sollte in Kopenhagen die „Arild Viking“ den

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

ersten transpolaren Passagierflug nach Kalifornien beginnen. Wegen eines kleinen technischen Fehlers wurde jedoch in letzter Minute das Schwesterflugschiff „Helge Viking“ eingesetzt. An Bord der Maschine befanden sich Prinz Axel von Dänemark, die skandinavischen Ministerpräsidenten Erlander (Schweden), Torp (Norwegen) und Hedtoft (Dänemark), der Vorsitzende des Aufsichtsrates der SAS, Nielsen, der Präsident der SAS, Norlin, und 24 europäische Presse- und Rundfunkberichterstatter. Die Gegenmaschine beherbergte 22 Pressevertreter, den stellvertretenden Gouverneur von Kalifornien, den Oberbürgermeister von Los Angeles und den kanadischen Transportminister.

Beide Maschinen begegneten

sich in der Nacht zum Dienstag über der Ostküste Grönlands in einer Entfernung von kaum mehr als einem Kilometer. Die Flugkapitäne tauschten telegrafisch Glückwunschschaften aus, und die Gäste an Bord der Maschinen feierten die Begegnung mit „Polar-Cocktails“ bei einer Außentemperatur von minus 45 Grad Celsius.

Die neue Linie wird künftig zweimal wöchentlich in beiden Richtungen von der SAS befliegen.

Die Hakeburg wird abgerissen

Vandalismus der SED

Vor einigen Tagen ist damit begonnen worden, die alte historische Hakeburg in Klein-Machnow abzureißen. Die Verantwortung für diesen Vandalismus tragen die Potsdamer Behörden, die den Abriß der aus dem 13. Jahrhundert stammenden, unter Denkmalschutz stehenden Burg befohlen haben.

Als die Familie von Hake 1907—1910 die neue Burg auf dem Seeberg erbauen ließ, wurde durch deren Architekten Bodo Ebhardt die alte Stammburg völlig renoviert, so daß sie sogar zeitweilig wieder bewohnbar war. Während des Krieges wurde die Burg durch Bombenangriffe nur geringfügig beschädigt, aber bald nach dem Einmarsch der Roten Armee im April 1945 wurden Fenster, Türen, Dielen, Zinkbeschläge und

überhaupt alles nur irgendwie verwertbare Material abmontiert. Trotzdem hätte es keines allzu großen Aufwandes bedurft, den ehrwürdigen Bau selbst, der sich besonders gut für ein Heimatmuseum geeignet hätte, zu erhalten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorferplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.